

Archiv

Vorstand des Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

13. AUG. 1965

# TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XX/152

Bonn, den 11. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>D O R F M U E D</u>	85
	Das Deutschlandtreffen der SPD Von Günter Markscheffel	
3	<u>Kleinkariert...</u>	50
	Ist Berlin im Wahljahr keine Reise wert ?	
4 - 5	<u>Es darf gelacht werden</u>	66
	Wie die CDU/CSU an der Wahrheit vorbeireden	
5	<u>Auf der Suche nach Profil</u>	24
	Die Schwierigkeiten der FDP	

\*\*\*\*\*ZUR BEACHTUNG\*\*\*\*\*

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Donnerstag-Ausgabe (12. August 1965) zwei Artikel, auf die wir die besondere Aufmerksamkeit unserer Abonnenten richten.

Waldemar von Knoeringen:

DER BAYERISCHE AKZENT

Franz Barsig:

VOM PRESSE- ZUM MISSBRAUCHSAMT

Steuergelder für Kanzlerpropaganda

\*\*\*\*\*

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 3 2 • Telex: 5 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

D O R T M U N D

Das Deutschlandtreffen der SPD

G.M. - Das Deutschlandtreffen der SPD am kommenden Samstag in Dortmund wird nicht im Zeichen einer Schimpfkampagne auf andere politische Parteien stehen. Das hat mit "Anpassung" oder "Mangel an Alternative" nichts zu tun. Die Deutsche Sozialdemokratie ist der festen Überzeugung, daß unser Volk nicht die Verunglimpfung des politischen Gegners will, sondern eine sachliche Darstellung der Möglichkeiten deutscher Politik.

Aber nicht nur deswegen wird das Deutschlandtreffen der SPD mit seinen politischen Veranstaltungen sachliche Hinweise darauf geben, wie die Sozialdemokratie die dringendsten Probleme zu lösen gedenkt; sie wird dies tun, weil das Haus, in dem wir wohnen, in Ordnung gebracht werden muß.

Wir brauchen in der Bundesrepublik eine politische Führung, die zielbewußt und vorausschauend die großen wirtschaftlichen Leistungen des ganzen Volkes in eine Politik des Fortschritts auf allen Gebieten umsetzt. Das ist nicht möglich, wenn eine Regierung wie die jetzt noch amtierende ihre Kräfte jahrelang in Koalitionsstreitigkeiten verbraucht. Gerade in diesen Tagen erleben wir wieder, daß sich die Regierungsparteien gegenseitig vorwerfen, einander in den Rücken zu fallen. Das ist nicht nur ein schlechter politischer Stil, es ist der Ausdruck einer schlichten Politik.

\* \* \*

Die zur Zeit noch amtierende Bundesregierung und die sie noch tragenden Parteien sind sich bewußt, wie wenig sie getan haben, um die Preislawine aufzuhalten, um die Stabilität der Währung zu sichern und um das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland zu festigen. Von Krise zu Krise und von Skandal zu Skandal hat sich diese Regierung notdürftig über die Runden gebracht und in einer Art von Torschlußpanik am Ende der jetzigen Legislaturperiode des Bundestages mit Milliarden um sich geworfen, als handele es sich dabei nicht um das Geld der Steuerzahler sondern um faule Äpfel.

Die Regierungsparteien wissen, daß es bei der kommenden Bundestagswahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Sozialdemokratie geben wird. In ihrer Ohnmacht gegenüber diesem Novum in der deutschen Nachkriegsgeschichte ergehen sich CDU/CSU und FDP in wilden Beschimpfungen und Verdächtigungen. T r o t z d e m muß es eine politische Kraft geben, die sich nicht auf dieses Niveau begibt: das ist die Deutsche Sozialdemokratie. Ihre Stärke liegt in klaren Aussagen zu allen Problemen, von denen unser Volk weiß, daß sie bald gelöst werden müssen und können.

\* \* \*

Das ist eine moderne Gesundheitspolitik, eine Bildungs- und Kulturpolitik, die jedem begabten Deutschen ohne Rücksicht auf die Einkommensverhältnisse seiner Eltern die Aufstiegsmöglichkeiten in der Gesellschaft sichert. Das ist eine Sozialpolitik, die jedem Bürger das

11. August 1965

Gefühl gibt, entsprechend seiner Leistung für die Gemeinschaft eine sichere Existenz auch im Alter zu haben. Dazu gehören eine gute Verkehrspolitik, der soziale Wohnungsbau und die Raumordnung, mit deren Hilfe das wirtschaftliche und kulturelle Gefälle zwischen Stadt und Land ausgeglichen werden muß.

Als Untertan aller dieser in Angriff zu nehmenden Aufgaben muß die Stabilität der Währung gesichert sein, muß eine zukünftige Regierung dafür sorgen, daß die Preise nicht davonlaufen.

Im weiten Bereich der Außenpolitik und des Bemühens um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden ist konsequent ein d e u t s c h e r Beitrag zur Sicherheit in Europa und damit zur Entspannung zwischen Ost und West anzustreben. So wichtig es ist, daß wir uns immer wieder der Freundschaft unserer Alliierten versichern, so notwendig ist es auch, daß eine zukünftige Bundesregierung dem Osten begreiflich macht, wie sehr das g a n z e deutsche Volk den Frieden ersehnt und in freier Selbstbestimmung einen wirklichen Beitrag zur Erhaltung eines gesicherten Friedens in der Welt leisten will.

\* \* \*

Sachlich und zielstrebig wird die Sozialdemokratie diese Aufgaben der deutschen Politik im Wahlkampf zur Diskussion stellen. Sie wird die Regierungsparteien stündlich und täglich daran erinnern, zu welchen der hier aufgeführten Fragen diese stets mit einem NEIN oder mit einem ausweichenden VIELLEICHT geantwortet haben.

Die Sozialdemokratie wird auch den Wählern sagen, wie groß ihre Anstrengungen waren, um die Regierungsparteien davon zu überzeugen, daß für diese Bundestagswahl ein Abkommen über die Begrenzung der Wahlkosten und ein weiteres Abkommen über die Fairness im Wahlkampf zustande kam.

Hierzu gehört auch der Hinweis darauf, daß es die Regierungsparteien trotz ihrer langjährigen Mehrheit im Parlament nicht fertig brachten, endlich das im Grundgesetz vorgesehene Parteiengesetz vorzulegen, durch das die Finanzierung der politischen Parteien einwandfrei geklärt wird. Die Sozialdemokratie war und ist dazu bereit, weil sie will, daß der Bürger unseres Staates weiß, wie die Parteien ihre Arbeit finanzieren.

\* \* \*

Alle diese Probleme stehen auf der Tagesordnung des jetzt beginnenden Wahlkampfes zur Bundestagswahl am 19. September. Die Sozialdemokratie wird keinem ihrer Gegner bei der Auseinandersetzung um die bessere Politik in Deutschland etwas schenken. Sie wird jedoch diesen Wahlkampf sachlich und fair führen, weil sie weiß, daß ihre Argumente stärker sind als die Schimpfereien der Christ- und Frei- Demokraten.

+ + +

Kleinkariert...

Ist Berlin im Wahljahr keine Reise wert?

H.B.-er. Die CDU hat das Wahlkampfabkommen der politischen Parteien wiederholt nicht beachtet. Die SPD hat deshalb die zwischen den Parteien vereinbarte Schiedsstelle angerufen. Das wird zu keiner Verurteilung im juristischen Sinne führen, aber für eine Partei kann es doch in jedem Falle peinlich sein, wenn ihr nachgewiesen werden sollte, daß sie getroffene Vereinbarungen nicht nur fahrlässig, sondern vorsätzlich verletzt hat. In einer solchen Situation sieht sich momentan die CDU. Nicht nur wegen der Wahlillustrationen in Baden-Württemberg und der kostspieligen Erhard-Propaganda-Insertate auf Steuerzahlers Kosten. Da ist schließlich auch noch der Erhard-Werbefilm, den das Presse- und Informationsamt nicht nur hat herstellen lassen, sondern der wiederum zu Lasten des steuerzahlenden Bürgers von einer privaten Gesellschaft zur Propaganda für die CDU in Stadt und Land vorgeführt wird. Diese Maßlosigkeiten eines Mannes und einer Partei, die schon die Mittel für die Parteienfinanzierung innerhalb von wenigen Jahren von fünf auf 58 Millionen hochgetrieben haben, sind naturgemäß peinlich. Mit oder ohne Schiedsstelle.

Kein Wunder, daß die CDU deshalb versucht, auch der SPD am Zeuge zu flicken. Und da hat jemand einen ganz unglaublichen Einfall gehabt. In der CDU-Wahlkampfleitung oder in gewissen Abteilungen des Propagandaamtes in Bonn, was bekanntermaßen kein sehr großer Unterschied mehr ausmacht, nachdem Erhards Wahlkampfthesen statt von der Wahlkampfleitung von Regierungspressesamt verbreitet werden. Wie gesagt: CDU-nahe Blätter wollen wissen, die CDU werde jetzt auch der SPD vor der Schiedsstelle einen "handfesten" Vorwurf machen. Auf Deutschlands Plakatsäulen sei Willy Brandts Porträt (und Unterschrift) auf einem Plakat zu sehen unter dem Motto: "Treff Deutschland in Berlin".

Das soll Wahlpropaganda sein. Nur hat man übersehen, daß diese Werbung für Berlin keineswegs erstmals in diesem Jahre praktiziert wurde. Und übersehen hat man bei der CDU auch, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin diese Aktion für die deutsche Hauptstadt unter dem Beifall von Vertretern aller Parteien wiederum angekündigt hat: Auf der Kundgebung des KURATORENKS UNTEILBARES DEUTSCHLAND in Münster anläßlich des 17. Juni 1965. Willy Brandt sagte dort wörtlich:

- \* "Erstens möchte ich als Berliner Bürgermeister die westdeutschen Landsleute einladen, weiterhin in die Hauptstadt Deutschlands zu kommen, und dabei auch den Ostsektor zu besuchen. Wer die deutsche Wirklichkeit sucht, der findet sie in Berlin. Unter dem Motto "Treff Deutschland in Berlin" ist die deutsche Hauptstadt immer stärker zum Zentrum innerdeutscher und internationaler Bewegungen geworden. Das Interesse an Berlin und seinen Aufgaben hat gerade bei der deutschen Jugend stark zugenommen."

Es geht um ein Stück deutscher Wirklichkeit. Aber es mag Leute geben, denen das unangenehm ist. Denn zu jenem Stück deutscher Wirklichkeit gehört ja auch, daß nach dem Bau der Mauer der deutsche Bundeskanzler länger nach Berlin brauchte als der amerikanische Vizepräsident. Aber das steht wirklich nicht auf jenem Berlin-Plakat. An den 13. August 1961 wird man nur ganz automatisch erinnert, wenn einem soviel Kleinkariertheit um eine sinnvolle Werbung für das freie Berlin begegnet.

### Es darf gelacht werden

#### Wie die CDU/CSU an der Wahrheit vorbeireden

H.B.-er. Es darf gelacht werden! Und zwar über diesen Satz, der demnächst in CDU-Wahlbeilagen zu finden sein wird:

- \* "Wo von Bildungspolitik nicht nur geredet, sondern gehandelt wird,
- \* dort regiert die CDU/CSU!"

Zu jenen, die ob solcher politischer Hochstapelei lachen werden, dürfte auch der nordrhein-westfälische CDU-Kultusminister Paul Mikat gehören, der vor wenigen Monaten im Landtag klipp und klar sagte, er habe sich bei seinen Planungen durchaus auch von den guten, schon praktizierten Vorstellungen der SPD leiten lassen. Professor Mikat dürfte auch daran denken, welche Schwierigkeiten ihm aus den eigenen konservativen Kreisen bereitet wurden und werden, wenn er fortschrittliche Ideen in die Tat umsetzen will.

Die CSU weiß es am besten: zu jenen Bundesländern, die auf bildungspolitischem Gebiet den größten Nachholbedarf haben, gehört Bayern. Daß sich in jüngster Zeit dieses Land bemüht, Anschluß an die anderen Teile der Bundesrepublik zu finden, um nicht auf dauernd auf dem Niveau anderer CDU-regierter Länder, wie etwa Rheinland-Pfalz und Saarland, zu bleiben, ist begrüßenswert und entspricht zu einem guten Teil dem, was die bayerischen Sozialdemokraten seit Jahr und Tag vorgeschlagen haben. Vieles von dem, was man heute endlich tun will, findet sich im Plan Z ("Die Zukunft meistern") von 1959, den der bayerische Sozialdemokrat Waldemar von K n ö e r i n g e n entscheidend gestaltete.

Angesichts der Versäumnisse der letzten Jahre sah sich die Wahlkampfleitung der CSU gezwungen, der Kultur- und Bildungspolitik im Handbuch für Bundestagskandidaten der CSU gleich 13 Seiten einzuräumen. Offenbar kennt man in München die eigenen wunden Stellen so gut, daß man nicht umhin konnte, den CSU-Rednern fast Satz um Satz vorzuschreiben, wie man über die eigenen Versäumnisse reden muß.

Man könnte geneigt sein, den Autoren des CSU-Handbuchs zu unterstellen, sie betrieben perfide Volksverdummung, bewußte Fälschung und vorsätzliche Giftmischerei für den Wahlkampf. Aber man sollte es besser nicht tun. Denn der Mann, der für die CSU das Kapitel "Materialistische Bildungsvorstellungen der SPD" geschrieben hat, kann sich seine Unterlagen gar nicht aus dem Godesberger Programm oder den Bildungspolitischen Leitsätzen der SPD entnommen haben. Wahrscheinlich hat der seltsame Mann, der die Feder für die Partei Franz Josef Strauß wetzte, in einer vom Gesamtdeutschen Ministerium herausgegebenen Broschüre über die Bildungspolitik der kommunistischen SED jenseits von Kauer und Stacheldraht gelesen. Das hört sich dann so an: "Die SPD geht bei ihren bildungspolitischen Forderungen stets von dem überholten sozialistischen Grundsatz 'Wissen ist Macht' aus. Das entspricht dem materialistischen Weltbild dieser Partei, das unter Bildung nur die Vermittlung von Wissen versteht, das der Stärkung der Macht der Partei und des Staatsapparates dient. Die für den heutigen Betrachter erschütternden Vorstellungen des Sozialismus, die den Menschen als ein Kollektivwesen ansehen, das, ohne eigenen Willen und ohne eigene Verantwortung durch Erziehung als bloßes Bildungsobjekt zu einer beliebigen Person geschaffen und verändert werden kann, degradieren den Menschen zu einem unbedeutenden Teilchen des sozialistischen Kollektivs. Entgegen dieser

marxistischen Auffassung fördert die CSU die Bildung der Persönlichkeit zur Eigenverantwortung für das Gemeinwohl."

Franz Josef Strauß sollte den fahrlässigen Wahlkämpfer seines Generalsekretariats bestrafen. Er sollte sie dazu verurteilen, die Leitsätze sozialdemokratischer Bildungspolitik nicht nur zu lesen, sondern auch diese (authentische) sozialdemokratische These hundertmal abzuschreiben:

- \* "Unser Erziehungsziel ist der mündige Bürger, der sein eigenes
- \* Leben bewährt. Nur er - der mündige Bürger - sichert auf die
- \* Dauer Bestand und Lebendigkeit unserer Demokratie. Bildungspo-
- \* litik ist die große Anstrengung unseres Gemeinwesens für eine
- \* menschenwürdige Gesellschaft."

Natürlich spricht mehr dafür, daß man bei der CSU nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich gehandelt hat, weil ganze Passagen der bildungspolitischen Redeskißzen an die Leitsätze der SED erinnern. Gerade deshalb hat man dann dort, wo man sich mit der Sozialdemokratie auseinandersetzen wollte, in den falschen Akten- oder Bücherschrank gegriffen.

#### Auf der Suche nach Profil

sp - Die FDP hat es nicht leicht, sie leidet an der auszehrenden Krankheit der Profillosigkeit. Sie möchte auf zwei Hochzeiten gleichzeitig tanzen. Sie gefällt sich in der Rolle einer Regierungspartei, spielt aber auch dort, wo sie sich aus wahltaktischen Gründen Gewinne erhofft, die Rolle der Opposition; das führt zu allerhand Parzeltänzchen. In Niedersachsen saß sie jahrelang auf der Regierungsbank mit den Sozialdemokraten, die Verhandlungen mit der Katholischen Kirche über den Abschluß eines Konkordats erfolgten unter der Federführung eines FDP-Kultusministers. Dann entdeckte die FDP ein Haar in der Suppe, wollte nicht wahrhaben, was sie zuvor zu gut geheißsen hatte und provozierte damit den Einswurf aus der Regierung Diederichs. Auf Bundesebene beansprucht sie nun das Alleinverdienst für die nicht ohne Erfolg laufenden Bemühungen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten zu verstärktem Wirtschafts- und Kulturaustausch aufzulockern. Die Berufung darauf wird ein Hauptstück in ihrem Wahlkampf sein. Dabei unterlaufen der FDP grobe Erinnerungsfehler. Schon 1956, auf ihrem Parteitag in München, stand auf der Liste sozialdemokratischer Forderungen die Normalisierung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten. Fünf Jahre später, im Sommer 1961, hat der Bundestag einstimmig den Jaksch-Bericht verabschiedet, der beinhaltet, jede Art von Kontakten mit unseren östlichen Nachbarn aufzunehmen und zu pflegen, sofern deutsche Lebensinteressen nicht dadurch beeinträchtigt werden. Jahrelange Verhandlungen in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages gingen der Schlußfassung des Berichtes voraus. Die Mitwirkung von FDP-Vertretern beschränkte sich auf ein Minimum, sie glänzten oft durch Abwesenheit; mühevollle Kleinarbeit behagte ihnen nicht. Die Erinnerung daran mag der FDP peinlich sein, tut sie heute so, als ob sie eine bewegliche, den deutschen Interessen dienende Ostpolitik in Erbpacht genommen hätte. Hier liegt sie ebenso schief wie beim Passierscheinabkommen und der Freilassung politischer Gefangener in der Zone. Sich mit fremden Federn zu schmücken, bleibt schon immer jenen vorbehalten, die eigene Leistungen kaum aufzuweisen haben.